

WAZ v.
19.11.14

Zwischen allen Stühlen

Barbara Hendricks kommt aus NRW und will Kohlekraftwerke abschalten. Eine Bundesumweltministerin darf das. Aber kann das politisch gut gehen?

Von Miguel Sanches

Berlin. Barbara Hendricks war sogar in der „Heute-Show“. Lutz van der Horst ist nicht jedem Politiker lästig. Die Auftritte mit dem Komiker sind oft verabredet. Und zum beiderseitigen Nutzen. Mehr Bekanntheit und ein höherer Coolness-Faktor können auch der Umweltministerin nicht schaden. Im „Deutschlandtrend“ und im „Politbarometer“ sucht man die SPD-Frau vergeblich. Im „Spiegel“-Ranking steht sie auf dem letzten Platz. Wobei 78 Prozent der Befragten ihr Name nichts sagt – obwohl sie seit fast einem Jahr zum Kabinett Merkel zählt.

„Das kann so natürlich nicht weitergehen.“

Barbara Hendricks, SPD-Ministerin, zu steigenden Kohle-Emissionen

Sie wird bald Schlagzeilen machen, das steht fest. Die Frage ist, ob sie gut oder schlecht sein werden. Am 3. Dezember soll die Regierung den „Aktionsplan Klimaschutz 2020“ beschließen. Es ist ein Gradmesser dafür, ob die Große Koalition vom Ziel abrückt, bis zum Jahr 2020 den Treibhausgasausstoß um 40 Prozent zu vermindern. „Ich werde es ganz sicher nicht tun“, beteuert Hendricks.

„Die deutsche Klimapolitik“, analysiert die Sozialdemokratin, „war zu keinem Zeitpunkt in den letzten 15 Jahren ausreichend.“ Wird die bisherige Entwicklung bloß fortgeschrieben, erreicht man 33, 34 Prozent. Die Ministerin hat sich das von zwei Instituten bescheinigen lassen. „Ich weiß, dass es schwierig wird.“ Vor allem weiß sie, dass das Ziel ohne das vorzeitige Aus von Kohle-Kraftwerken verfehlt wird. 2012 und 2013 sind die Emissionen wegen der Kohleverstromung sogar gestiegen. „Das kann so natürlich nicht weitergehen, wir werden Kohle-Kraftwerkskapazitäten abbauen müssen“. Das ist nur rollengerecht.

Die 62 Jahre alte Politikerin setzt darauf, dass Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel für die Reduzierung von Kohlekraftwerken Vorschläge machen wird. Aber auch der SPD-Chef und Vize-Kanzler spürt Zwänge. Die Energiewende geht vor, Deutschland kann nicht von jetzt auf gleich aus Atomkraft und Kohle raus. So sieht es Gabriel und wohl auch die Kanzlerin. Dem UN-Klimagipfel in New



Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) im Gespräch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU, li.). Die SPD-Politikerin will schärfere Klimaziele durchsetzen, stößt dabei aber auf Widerstand aus Union und der eigenen Partei. FOTO: PICTUREALLIANCE

York blieb sie fern; schon das wurde als Signal verstanden. Merkel rückt zwar nicht vom 40-Prozent-Ziel ab, aber von einem Machtwort der Kanzlerin ist nichts zu hören.

Dem Wirtschaftsminister sitzen Industrie und Gewerkschaften im Nacken. Auch NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) macht Druck. Hebt die Bedeutung des Energieträgers Kohle „für die nächsten Jahrzehnte“ hervor.

Kritik wird an Gabriel abprallen

Die Trennlinien verlaufen quer durch rot-grüne Länderregierungen und durch die SPD, angeblich „die unverbesserliche Kohlepartei“, wie Hendricks ironisch bemerkt. Die Frau aus dem Wahlkreis Kleve sitzt zwischen allen Stühlen.

Noch ist das Aktionsprogramm offen, es wird zwischen beiden Ministerien verhandelt. Schwer vorstellbar, dass Gabriel konkrete Stilllegungspläne von Kraftwerken veranlassen wird. Wenn überhaupt, dann langsam, im Konsens mit den Unternehmen und ohne Arbeitsplätze zu gefährden.

Gibt es Kritik, dann wird sie an Gabriel abprallen und Hendricks treffen. In der Öffentlichkeit wird der 3. Dezember zum Kräftemessen zwischen Parteifreunden stilisiert. Gut möglich, dass Hendricks danach bekannter sein wird denn je, aber als Ministerin von Gabriels Gnaden. Und ohne Relevanz für den Klimaschutz. Neben anderen Zielkonflikten geht es ums Image.

Kraft für Kohle

Zwist in der SPD: NRW-Ministerpräsidentin stellt sich gegen die Bundesumweltministerin

Von Tobias Blasius

Düsseldorf. Der Streit um die Zwangsabschaltung von Kohlekraftwerken hat am Dienstag die rot-grüne Koalition in NRW erreicht. Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) stellte sich im „Handelsblatt“ hinter die Position von Parteichef Sigmar Gabriel: „Die nordrhein-westfälische Landesregierung steht dazu, dass es in NRW für die nächsten Jahrzehnte noch Kohlekraftwerke geben wird.“ Fast wortgleich übernahm sie dabei die Diktion Gabriels: „Wir können nicht gleichzeitig aus der Atomkraft und der Kohlekraft aussteigen.“ Dem Klima werde durch eine Abschaltung von Kraftwerken ohnehin nicht geholfen, weil die Emissionszertifikate dann in anderen Ländern verwendet würden.

Kraft hatte zwar nie einen Zweifel daran gelassen, dass sie die Interessen der in NRW beheimateten Energiekonzerne Eon und RWE sowie der vielen im Kraftwerksgeschäft engagierten Stadtwerke fest im Blick hat. Während der Koalitionsverhandlungen im Bund wurde sie gar als „Kohle-Hanni“ verspottet. Dennoch warf ihr CDU-Oppositionsführer Armin Laschet

vergangene Woche vor, im Kohlestreit „zu leise“ zu bleiben.

Mit der Absage an staatliche Zwangsabschaltungen stellte sich die NRW-Ministerpräsidentin in Widerspruch zu Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) aus Kleve, die sie selbst in die Große Koalition entsandt hatte. Hendricks hatte gefordert, Kohlekraftwerke vom Netz zu nehmen, um die Klimaschutzziele nicht zu gefährden. Bis 2020 will Deutschland den Kohlendioxidausstoß gegenüber 1990 um 40 Prozent senken.

Unruhe bei den Grünen

Vor allem aber sorgte Kraft für Unruhe beim grünen Koalitionspartner in Düsseldorf. Deren energiepolitische Sprecherin im Landtag, Wibke Brems, arbeitete sich gestern an Gabriel ab, meinte aber wohl auch Kraft: „Der Gedanke von Sigmar Gabriel, es ginge um den gleichzeitigen Ausstieg aus Atomkraft und Kohle, ist Unfug und soll nur Ängste schüren.“ Natürlich werde es in NRW in den nächsten Jahrzehnten noch Kohlekraftwerke geben. Die Forderung, die zehn dreckigsten Kraftwerke Deutschlands außer Betrieb zu nehmen, sei aber richtig, so Brems.